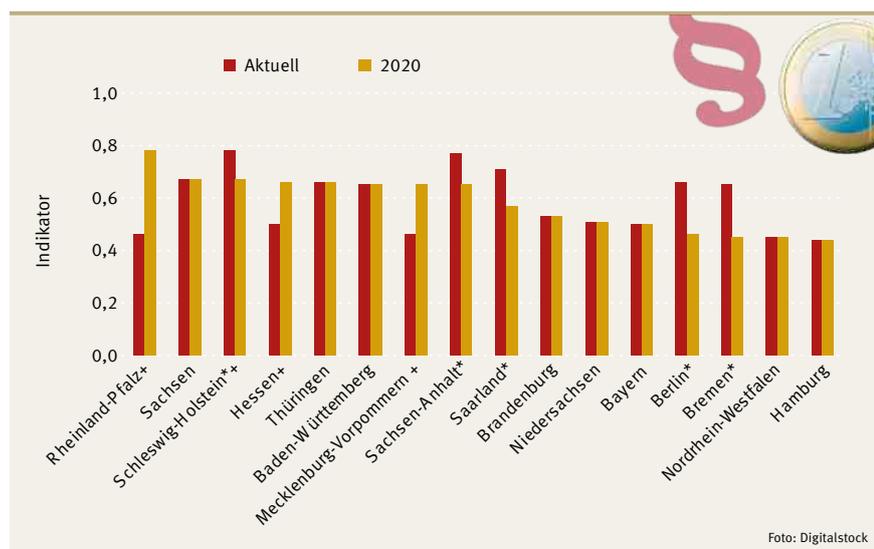


## Schuldengrenzen der deutschen Bundesländer im Vergleich – oft wenig ambitioniert

*Deutschland verfügt bekanntlich seit dem Jahr 2009 über eine neue grundgesetzliche Schuldenbremse. Weniger bekannt ist, dass sich trotz der neuen Verfassungsregel die Spielregeln für das Schuldenmachen zwischen den sechzehn Bundesländern deutlich unterscheiden.*



Der Index liegt zwischen 0 und 1. Wert 1 (0) wird erreicht, wenn alle (keines) Kriterien für eine glaubwürdige und umfassende Regel erfüllt sind. \* steht für Bundesland mit Konsolidierungshilfe (Finanzhilfen zur Einhaltung der Schuldenregel), + für Bundesland mit Schuldenbremse in der Landesverfassung.

Die Bundesländer verfügen über erhebliche Freiheitsgrade in der Umsetzung der neuen Verfassungsregel. So steht es ihnen frei, die Methode zur Konjunkturbereinigung des Haushaltssaldos auszuwählen. Das Grundgesetz schreibt den Bundesländern lediglich vor, ab dem Jahr 2020 das konjunkturbereinigte Defizit auf null herunter zu schleusen. Die Methode zur Konjunkturbereinigung ist hingegen nicht spezifiziert. Auch sind sie nicht gezwungen, die Schuldenbremse in der Landesverfassung zu verankern, einfache gesetzliche Regelungen in der jeweiligen Landeshaushaltsordnung sind ausrei-

chend. Weiterhin können Ausnahmeregelungen und der Einbezug von öffentlichen Unternehmen und der Kommunen unterschiedlich geregelt werden.

In einer neuen ZEW-Studie (Discussion Paper Nr. 12-067) wurden die unterschiedlichen Länder-Regeln nun in einem quantitativen Indikator verdichtet. Die Indikator-konstruktion folgt Vorgehensweisen, wie sie zum internationalen Vergleich von nationalen Regeln entwickelt worden sind. Der Indikator gibt Auskunft darüber, wie hart und glaubwürdig eine Regel ausfällt. Die ideale Regel würde fünf verschiedene Bedingungen erfüllen: Sie

wäre erstens in der Verfassung des Bundeslandes abgesichert, so dass sie dem Zugriff der jeweiligen Regierungsmehrheit im Parlament entzogen wäre. Sie würde zweitens durch automatische Sanktionen abgesichert, drittens möglichst alle Bereiche der öffentlichen Finanzwirtschaft eines Bundeslandes einbeziehen und viertens durch eine präzise Terminologie gekennzeichnet sein. Als fünfte Bedingung würde die Regel zwar den Konjunkturzyklus adäquat berücksichtigen, aber gleichzeitig auch über Korrekturmechanismen für Zielverfehlungen verfügen.

### Große Unterschiede zwischen den Bundesländern

Im Ergebnis verfügt kein Bundesland über eine derartig ideale Schuldenbremse. Gleichzeitig sind die Unterschiede groß. In der Übergangszeit bis zur vollen Geltung der grundgesetzlichen Schuldenbremse

### IN DIESER AUSGABE

Schuldengrenzen der deutschen Bundesländer im Vergleich – oft wenig ambitioniert. ....	1
Finanzmarktexperten erwarten gedämpftes Wirtschaftswachstum in Deutschland. ....	2
Niedrige Steuern fördern Investitionen. ....	3
Auswirkungen der Förderung erneuerbarer Energien in Baden-Württemberg. ....	4
Nachgefragt: Die Ergebnisse der Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2012. ....	5
Erfolge und Misserfolge beim Umbau des deutschen Arbeitsmarkts. ....	6
Internationale Gründungskonferenz CoDE am ZEW. ....	8
Vierte ReCapNet-Konferenz am ZEW. ....	8
Marcel Fratzscher zu Gast am ZEW. ....	9
Daten und Fakten. ....	11
Standpunkt. ....	12

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

im Jahr 2020 profitiert der Index für die ärmeren Länder von einer effektiven Sanktionsandrohung: Diese riskieren den Verlust der Konsolidierungshilfen, wenn sie zu hohe neue Schulden machen. Ab dem Jahr 2020 entfällt dann diese Sanktionsandrohung, so dass die Indexwerte für diese Bundesländer wieder zurückfallen.

Ab 2020 wird nach der heutigen Rechtslage Rheinland-Pfalz über die strengste Regel verfügen, gefolgt von Sachsen, Schleswig-Holstein und Hessen. Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Hessen haben die Regeln in ihren Verfassungen verankert. Die Regel von Rheinland-Pfalz

sticht dadurch heraus, dass sie auch Sonderfonds und öffentliche Unternehmen abdeckt. Dies erhöht den Indexwert erheblich. Die Schlusslichter mit den ab 2020 am wenigsten ehrgeizigen Schuldenregeln sind (von hinten) Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Bremen und Berlin.

Es zeigt sich somit, dass einige der stark verschuldeten Staaten wenig Ambitionen an den Tag legen, durch eigene Gesetzgebung ihr Fiskalregime glaubwürdiger zu gestalten. Diese Beobachtung steht im Einklang mit den bekannten Fehlanreizen des deutschen Föderalismus. Deutschlands föderale Jurisdiktio-

nen bilden eine vollständige Haftungsgemeinschaft. Es zahlt sich damit für das einzelne Bundesland nicht aus, durch besonders glaubwürdige neue Regeln an den Kapitalmärkten für sich zu werben – denn alle Länder sind aufgrund der Kollektivhaftung mit praktisch identischen Finanzierungsbedingungen konfrontiert. In diesem Sinn bietet Deutschlands Erfahrung mit wenig ambitionierten Fiskalregeln in einigen Bundesländern einen weiteren Beleg für die falschen Anreize in föderalen Systemen, die auf weitreichenden Bailout-Zusagen gründen.

PD Dr. Friedrich Heinemann, heinemann@zew.de

## Finanzmarktexperten erwarten gedämpftes Wirtschaftswachstum in Deutschland

*Die Wahrscheinlichkeit, dass die deutsche Wirtschaft im vierten Quartal 2012 schrumpft, schätzen Finanzmarktexperten derzeit höher ein als noch im Juli dieses Jahres. Nach wie vor dominiert jedoch die Überzeugung, dass im letzten Quartal des laufenden Jahres zumindest ein kleines Plus vor der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) stehen wird.*

Rund 200 Finanzmarktexperten nehmen vierteljährlich an einer ZEW-Befragung zu ihren Erwartungen hinsichtlich des Wirtschaftswachstums in Deutschland teil. In der aktuellen Umfrage vom Oktober 2012 prognostizieren die Befragten etwas geringere BIP-Wachstumsraten als noch im Juli.

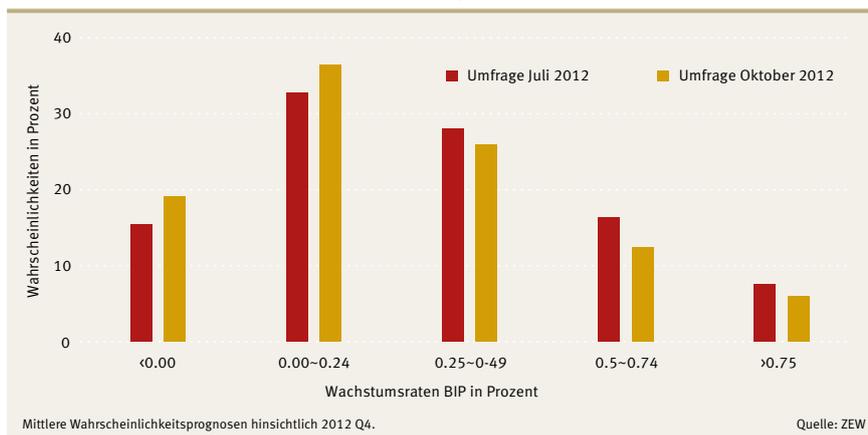
Für das bereits zum zweiten Mal abgefragte dritte und vierte Quartal 2012 sinkt die Medianprognose von 0,3 Prozent auf 0,2 Prozent. Für das erstmals abgefragte erste Quartal 2013 erwarten die Experten im Median eine Wachstumsrate von 0,3 Prozent. Allerdings wird das Risiko eines BIP-Rückgangs für dieses Quartal mit

20,6 Prozent sogar etwas höher eingeschätzt als für das laufende vierte Quartal 2012 (19,1 Prozent). Das Szenario einer technischen Rezession mit zwei aufeinanderfolgenden Rückgängen des deutschen BIP ist somit ein ernstzunehmendes Risiko, gedämpfte Anstiege der Wirtschaftsleistung im aktuellen und im kommenden Quartal werden jedoch für weit aus wahrscheinlicher gehalten.

### Die Prognosen zum vierten Quartal im Detail

Für das vierte Quartal 2012 haben sich die Prognosen etwas eingetrübt. Die Wahrscheinlichkeit einer negativen BIP-Wachstumsrate steigt im Vergleich zur Umfrage vom Sommer von 15,4 Prozent auf 19,1 Prozent. Mit durchschnittlich 36,5 Prozent halten die Experten eine geringe positive Wachstumsrate zwischen 0,00 und 0,24 Prozent allerdings für deutlich wahrscheinlicher. Gleichzeitig haben die durchschnittlichen Wahrscheinlichkeitseinschätzungen für höhere Wachstumsraten abgenommen: Die Wahrscheinlichkeiten für Zuwächse beim BIP zwischen 0,25 und 0,49 Prozent, 0,5 Prozent und 0,74 Prozent, und über 0,75 Prozent sinken durchschnittlich um 1,5 bis 3,9 Prozentpunkte.

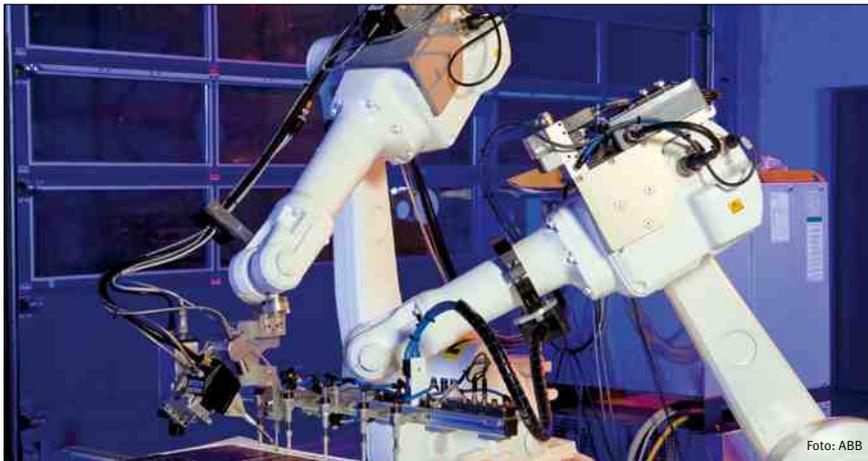
### Erwartetes BIP-Wachstum für das vierte Quartal 2012



Frieder Mokinski, mokinski@zew.de

# Niedrige Steuern fördern Investitionen

*Eine Untersuchung des ZEW macht deutlich, dass Unternehmenssteuern eine wichtige Determinante für das Investitionsverhalten von Unternehmen sind. Die Studie quantifiziert den negativen Effekt von Steuererhöhungen, berücksichtigt darüber hinaus die Wirkung von Verlustvorträgen und richtet schließlich einen Blick speziell auf Holdinggesellschaften.*



Steigt der Unternehmenssteuersatz in Deutschland, hat das deutlich geringere Investitionen in Gestalt von Sachanlagen zur Folge, etwa in Immobilien, Maschinen oder Industrieroboter (hier im Bild).

Unternehmenssteuern beeinflussen das Investitionsverhalten. Hohe Steuern bremsen und niedrige Steuern begünstigen Investitionen, nicht zuletzt im grenzüberschreitenden Kontext von Direktinvestitionen. Dies kann inzwischen als ein überzeugend abgesicherter Befund einer breiten wissenschaftlichen Literatur gelten. Gleichwohl genießt diese Einsicht in der öffentlichen und steuerpolitischen Debatte noch keineswegs einen breiten Konsens. In der Konzentration auf andere Investitionstreiber wird die Relevanz der Steuern zuweilen negiert.

Das ZEW Discussion Paper Nr. 12-040 verfolgt daher zwei Ziele: erstens, den Steuereffekt auf das Investitionsverhalten empirisch herauszuarbeiten und zweitens aufzuzeigen, welche Voraussetzungen für belastbare Ergebnisse erfüllt sein müssen. Die dabei verwendete Mikrodatabank Direktinvestitionen (MiDi) der Deutschen Bundesbank berücksichtigt Direktinvestitionen deutscher Muttergesellschaften im Ausland und ausländischer Muttergesellschaften in Deutschland. Für den Betrachtungszeitraum von 1996 bis 2008 wurden sowohl die Inboundinvestitionen

nach Deutschland als auch die Outboundinvestitionen aus Deutschland heraus ausgewertet. Der Firmenheterogenität hinsichtlich deren Gewinn- und Verlusthistorie wird Rechnung getragen, und es wird zusätzlich der Steueranreiz für Holdinggründungen untersucht. Der gesamtdeutsche Befund wird mit den Daten eines spezifischen und besonders exportorientierten Bundeslandes, Baden-Württemberg, kontrastiert, um Hinweise auf die Allgemeingültigkeit der Befunde zu gewinnen.

## Investitionen in Sachanlagen

Die deskriptive Auswertung zeigt allgemein die markante Zunahme der internationalen Investitionsaktivitäten im Untersuchungszeitraum 1996 bis 2008. Die Entwicklung der Unternehmen in Baden-Württemberg entspricht weitgehend derjenigen in Gesamtdeutschland. Da Schätzungen ein Mindestmaß an Variation oder unterschiedlichen Vergleichsgruppen erfordern, ist der Nachweis des Steuersatzeffektes auf Investitionen nur im Outbound-Fall, nicht jedoch im Inbound-Fall

möglich. Es zeigt sich, dass ein um zehn Prozentpunkte höherer Unternehmenssteuersatz um 5,32 Prozent geringere Investitionen in Gestalt von Sachanlagen bewirkt. Entsprechend bewirkt ein um zehn Prozentpunkte niedrigerer Unternehmenssteuersatz um etwa fünf Prozent höhere Investitionen. Das Ergebnis berücksichtigt, dass Investitionen von vielerlei Faktoren beeinflusst werden. So dienen die folgenden Aspekte als parallel einbezogene Kontrollvariablen: unterschiedliche Werte des Bruttosozialprodukts als Maß für Wachstumsdifferenzen, der Anlagenbestand der Vorperiode als Indikator dafür, dass Firmen, die in einer Periode schnell wachsen möglicherweise in der Folgeperiode stark zulegen. Das Bruttosozialprodukt pro Kopf dient als Maß für Wohlstand und für Arbeitskosten in einem Land. Binäre Jahresvariablen fangen weitere Schocks und Konjunkturfekte ein. Ein Risikomaß der OECD berücksichtigt, wie riskant Investitionen in einem bestimmten Land in einem bestimmten Jahr sind.

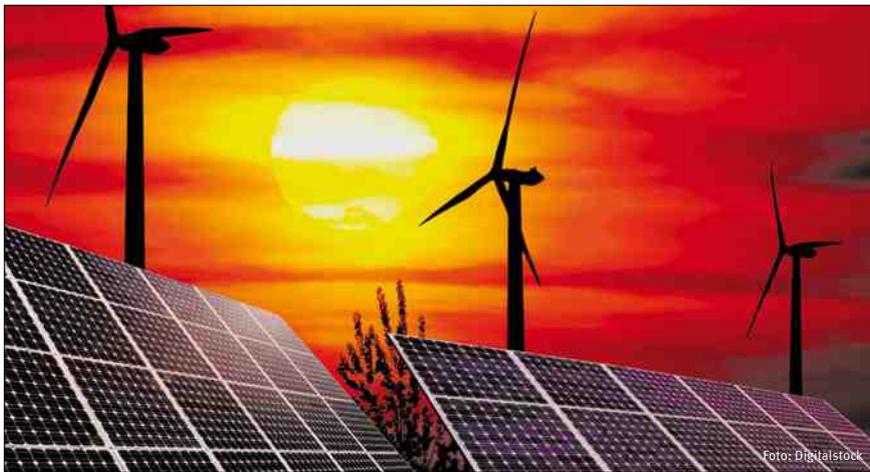
## Berücksichtigung von Verlustvorträgen

Eine verfeinerte Schätzung zeigt, dass Firmen mit bestehenden Verlustvorträgen bei ihren Investitionsentscheidungen weniger steuersensitiv sind. Bei ihnen wird rund die Hälfte des negativen Steuereffekts kompensiert. Ein um zehn Prozentpunkte höherer Steuersatz führt also nur zu einem Investitionsrückgang von 2,54 Prozent. Eine weitere Verfeinerung der Analyse nimmt Holdinggesellschaften in den Blick. Holdinggesellschaften werden von multinationalen Gesellschaften häufig in steuerlich attraktiven Standorten errichtet, um so die Investitionen steueroptimal zu strukturieren. Ein um zehn Prozentpunkte niedrigerer Unternehmenssteuersatz erhöht den Anteil der Holdings an allen Formen von Tochtergesellschaften eines Standorts um 0,55 Prozent. Eine um zehn Prozentpunkte niedrigere Quellensteuer führt relativ zu allen Arten von Tochtergesellschaften zu 0,80 Prozent mehr Holdings.

Daniel Dreßler, dressler@zew.de

# Auswirkungen der Förderung erneuerbarer Energien in Baden-Württemberg

*Eine neue Studie des ZEW untersucht die Wirkung des Ausbaus erneuerbarer Energien auf Größen wie etwa Produktion und Beschäftigung für die Wirtschaftssektoren in Baden-Württemberg. Zwei Szenarien werden kontrastierend gegenübergestellt.*



Der Ausbau erneuerbarer Energien führt in Baden-Württemberg zu strukturellem Wandel. Werden im Land gefertigte Anlagen exportiert, zeigen sich positive Nettobeschäftigungseffekte.

Die Förderung erneuerbarer Energien im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) wird kontrovers diskutiert. Dabei spielen vor allem Verteilungswirkungen auf Ebene von Haushalten, Wirtschaftssektoren oder zwischen Regionen eine große Rolle. Baden-Württemberg zählt zu den deutschen Bundesländern mit der höchsten wirtschaftlichen Leistungskraft. Deshalb sind die Auswirkungen dieser Förderung hier von besonderem Interesse.

Das ZEW Discussion Paper Nr. 12-066 untersucht anhand einer Input-Output-Analyse die regionalen Effekte eines Szenarios, das den Ausbau erneuerbarer Energien in Baden-Württemberg mit einem Anteil von 20 Prozent an der Stromerzeugung und 16 Prozent an der Wärmeenergieerzeugung bis zum Jahr 2020 vorsieht. Diese Zahlen basieren auf dem „Energiekonzept Baden-Württemberg 2020“ aus dem Jahr 2009, das Ausbauziele für das Land definiert. Bei einer Input-Output-Analyse werden die ökonomischen Verflechtungen zwischen den Produktionsbereichen selbst sowie die

Beziehungen zwischen den Produktionsbereichen und den Kategorien der Endverwendung (Konsum, Investitionen, Exporte) untersucht. Sie basiert auf Input-Output-Tabellen, die das Aufkommen und die Verwendung von Gütern nach Produktionsbereichen und Endnachfrage erfassen.

Für die Analyse wurde eine regionalisierte Input-Output-Tabelle des Landes Baden-Württemberg erstellt, in die zusätzlich der Bau und der Betrieb von Anlagen für sieben Arten erneuerbarer Energien, etwa Wind, Photovoltaik und Biomasse, eingeführt wurden. Das Augenmerk liegt bei der Untersuchung insbesondere auf der Abschätzung der Entwicklung von Produktion und Beschäftigung. Dabei wurden im Wesentlichen zwei Extremszenarien unterstellt. In einem ersten, eher pessimistischen Szenario müssen die Investitionen in den Ausbau erneuerbarer Energien vollständig heimisch erbracht werden und die erstellten Anlagen können nicht exportiert werden. Dies führt dazu, dass die notwendigen Ausgaben und Investitionen von an-

deren Wirtschaftsbereichen in den Bereich der erneuerbaren Energien umgelenkt werden. Die Ergebnisse zeigen, dass vor allem der Sektor der Energieerzeugung sowie der Sektor der Finanzdienstleistungen von dem Ausbauziel für erneuerbare Energien profitieren. Alle anderen Bereiche verzeichnen entweder keinen Zuwachs bei Produktion und Beschäftigung oder spüren sogar negative Folgen des Ausbaus erneuerbarer Energien. Insbesondere der in Baden-Württemberg traditionell starke Maschinenbau hätte durch die Umlenkungseffekte mit negativen Folgen zu rechnen. Zwar ergibt sich für Baden-Württemberg ein leicht positiver Nettoeinkommenseffekt, der Nettobeschäftigungssaldo ist jedoch in diesem Szenario leicht negativ. Viele Wirtschaftsbereiche müssten zu Gunsten der erneuerbaren Energien Einbußen bei Beschäftigung und Produktion hinnehmen.

## Zusätzliche Investitionsmittel

In einem zweiten, eher optimistischen Szenario wird angenommen, dass dem Land zusätzliche Investitionsmittel für den Bau von Ausrüstungsgegenständen für erneuerbare Energien zur Verfügung stehen, ohne dass die Verminderung lokaler Investitionen in anderen Wirtschaftsbereichen notwendig ist. Der Export der erstellten Anlagen in andere Bundesländer und ins Ausland wird im zweiten Szenario gestattet. In diesem Fall kommt es für alle Sektoren zu positiven Nettoumsatz- und Beschäftigungseffekten, zum Beispiel durch die Lieferung von Vorleistungen. Auch der Bereich Maschinenbau kann dann deutliche Umsatzzuwächse verbuchen.

Die Studie zeigt, dass die Förderung erneuerbarer Energien nicht automatisch zu zusätzlicher Produktion und neuen Arbeitsplätzen führt. Vielmehr wird ein struktureller Wandel herbeigeführt, der zu einem Rückgang der Produktion in vielen Sektoren führen kann, wenn keine zusätzlichen Investitionsmittel zur Verfügung stehen.

Peter Heindl, heindl@zew.de  
Sebastian Voigt, voigt@zew.de

Nachgefragt: Die Ergebnisse der Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2012

## Risiken für die deutsche Konjunktur

*Die Eurokrise belastet die deutsche Konjunktur. Im Vergleich mit anderen Euroländern erweist sich die deutsche Wirtschaft jedoch als relativ stabil. Zu dieser Einschätzung kommt die aktuellen Gemeinschaftsdiagnose. Dr. Marcus Kappler, federführend für das ZEW in die Gemeinschaftsdiagnose eingebunden, erläutert die Ergebnisse des Gutachtens.*

**Die Eurozone befindet sich in einer Rezession. Gleichwohl prognostizieren die Forschungsinstitute, dass das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) in diesem Jahr um 0,8 und im nächsten Jahr um 1,0 Prozent wachsen wird. Was gibt Anlass zu diesem Optimismus?**

Im Vergleich zum Frühjahr wurde die Wachstumsprognose für das nächste Jahr halbiert. Die Konjunkturaussichten für Deutschland haben sich innerhalb des letzten halben Jahres zunächst verschlechtert, da sich vor allem die Weltwirtschaft im Herbst in einer Schwächephase befindet. Dazu kommt die Verunsicherung bei Unternehmen und Haushalten wegen der immer noch schwelenden Schuldenkrise in der Eurozone. Wir gehen in der Gemeinschaftsdiagnose allerdings davon aus, dass sich die Lage in Europa allmählich entspannen und die Weltwirtschaft wieder Fahrt aufnehmen wird. In so einem verbesserten Umfeld dürfte die deutsche Wirtschaft von den sehr günstigen Finanzierungsbedingungen profitieren. Die Kreditzinsen und An-

leiherenditen liegen auf historisch niedrigen Niveaus und sollten die Investitionen stimulieren, wenn sich Absatz- und Gewinnerwartungen der Unternehmen wieder erholen.

**Die Schuldenkrise im Euroraum hat sich weiter zugespitzt und die Wirtschaft in den Vereinigten Staaten schwächelt. Welche Gefahren sehen Sie darüber hinaus für die deutsche Wirtschaft?**

Die Einschätzung zur Entwicklung der deutschen Konjunktur beruht auf der Annahme, dass sich die Situation in der Eurozone im Verlauf des Prognosezeitraums zunehmend stabilisiert und das Vertrauen der Investoren zurückkehrt. Allerdings ist dies alles andere als gesichert. Sollte es anders kommen, das heißt sich die Lage vor allem in Europa weiter verschlechtern, würde Deutschland die Nachfrageschwäche der Handelspartner deutlich zu spüren bekommen. Unter solchen Bedingungen ist die Gefahr groß, dass Deutschland in eine Rezession gerät.

**Als Reaktion auf die Schuldenkrise im Euroraum verfolgt die EZB eine Politik der**

Nach seinem Studium der Volkswirtschaftslehre in Tübingen, Maryland (USA) und Berlin promovierte **Dr. Marcus Kappler** im Jahr 2007 an



der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Seit dem Jahr 2002 am ZEW beschäftigt, ist Kappler stellvertretender Leiter der Forschungsgruppe Wachstums- und Konjunkturanalysen. Er forscht insbesondere zur Genauigkeit von Konjunkturprognosen, der strukturellen Arbeitslosigkeit und den Einflussfaktoren des Produktionspotenzials.

**geldpolitischen Lockerung, etwa durch ein bislang beispielloses Programm zum Ankauf von Staatsanleihen aus Krisenländern sowie einer Niedrigzinspolitik. Schlittert Deutschland in die Inflation?**

Die Institute beurteilen das Programm der EZB zum Ankauf von Staatsanleihen der Krisenländer in unbegrenzten Umfang kritisch. Mittelfristig könnte die Inflation steigen, wenn die EZB mit dem Programm monetäre Staatsfinanzierung betreibt. In der Folge könnten die Bürger und die Akteure an den Märkten das Vertrauen in die EZB verlieren, nachhaltig für Preisstabilität zu sorgen. Früher oder später würden sich dann die Inflationserwartungen aus ihrer Verankerung lösen. Ferner ist die Gefahr groß, dass die EZB bei Abweichungen von den Anpassungsprogrammen dennoch weiterhin Anleihen kauft und übermäßig geldpolitisch stimuliert. Das könnte dann preistreibend wirken und zu einem Anstieg der Inflationserwartungen führen. Da die Wiedergewinnung der geldpolitischen Reputation in einem solchen Fall langwierig sein kann und mit restriktiven Impulsen einhergeht, wäre mit hohen sozialen Kosten bei der Gewährleistung von Preisstabilität zu rechnen.

Dr. Marcus Kappler, kappler@zew.de  
Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de

Im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums erarbeitet die **Gemeinschaftsdiagnose** jeweils im Frühjahr und Herbst eines Jahres eine Referenz für die Projektionen der Bundesregierung zur wirtschaftlichen Entwicklung. Sie analysiert und prognostiziert die wirtschaftliche Lage in Deutschland, im Eurogebiet und in der Welt in der kurzen Frist und liefert Empfehlungen für die Wirtschaftspolitik. Eine Mittelfristprojektion ist fester Bestandteil jeder Gemeinschaftsdiagnose. Sie wird derzeit von den folgenden Forschungseinrichtungen erstellt:

- ◉ ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München in Kooperation mit KOF Konjunkturforschungsstelle an der ETH Zürich
- ◉ Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel in Kooperation mit dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim
- ◉ Institut für Wirtschaftsforschung, Halle in Kooperation mit Kiel Economics
- ◉ Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen in Kooperation mit dem Institut für Höhere Studien, Wien

Das aktuelle Herbstgutachten findet sich unter: [www.zew.de/publikation6754](http://www.zew.de/publikation6754)

# Erfolge und Misserfolge beim Umbau des deutschen Arbeitsmarkts

*Vorzehn Jahren wurde mit einem weitreichenden Umbau des deutschen Arbeitsmarkts begonnen. Eine Schlüsselrolle spielte dabei die Hartz IV-Reform. Sie sollte die Betreuung von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen sowie ihre Vermittlung in Beschäftigung effizienter gestalten. Der folgende Beitrag untersucht wesentliche Elemente der Hartz IV-Reform.*



Szene in einem Jobcenter: Arbeitsgemeinschaften aus Kommunen und Bundesagentur für Arbeit sind bei der Vermittlung in Beschäftigung erfolgreicher als zugelassene kommunale Träger.

Die Untersuchung verfolgt einen mikroökonomischen Ansatz. Sie greift einerseits auf bereits bestehende Datensätze wie die administrativen Daten der Bundesagentur für Arbeit (BA) und das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) zurück. Darüber hinaus werden originär erhobene Daten verwendet. Diese umfassen eine Befragung von nahezu 25.000 Empfängerinnen und Empfängern von Arbeitslosengeld II (ALG II) sowie umfangreiche Erhebungen auf Ebene der Jobcenter. Analysiert wird der Zeitraum von 2006 bis 2008. Ein besonderes Augenmerk der Untersuchung liegt auf der Integration von Personen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt.

Ein wesentliches Element der Hartz IV-Reform war die Neuordnung der Betreuung und Aktivierung erwerbsfähiger Hilfebedürftiger. Hierzu wurden zwei unterschiedliche Organisationsmodelle beziehungsweise zwei unterschiedliche Jobcenter-Typen parallel nebeneinander ein-

geführt, um ihren relativen Erfolg im gegenseitigen Wettbewerb zu bestimmen. Zum einen handelt es sich um zentral organisierte Arbeitsgemeinschaften und zum anderen um dezentral agierende zugelassene kommunale Träger. Die Arbeitsgemeinschaft ist ein Zusammenschluss der Kommune mit der Arbeitsagentur der BA, in der beide beteiligten Akteure gemeinsam für die Aktivierung von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen zuständig sind. Bei den zugelassenen kommunalen Trägern nimmt die Kommune eigenverantwortlich alle Aktivierungsaufgaben wahr, die BA ist nicht involviert.

## Arbeitsgemeinschaften erfolgreicher bei der Jobvermittlung

Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, dass eine dezentralisierte Organisation durch zugelassene kommunale Träger bei hilfebedürftigen Männern einen signifikant negativen Effekt auf deren

Chancen hat, eine bedarfsdeckende Beschäftigung aufzunehmen. Zugelassene kommunale Träger erzielen für diese Personengruppe eine bis zu 24 Prozent geringere Integrationsrate als Arbeitsgemeinschaften. Für Frauen lässt sich tendenziell ebenfalls ein negativer Effekt feststellen. Dieser ist jedoch nicht statistisch signifikant. Die Geschlechterunterschiede in den Ergebnissen finden sich sowohl für Personen mit und ohne Migrationshintergrund.

## Unterschiedliches Sanktionsverhalten

In einem weiteren Schritt wird die Wirkung von Sanktionen überprüft. Durch das Prinzip des "Förderns und Forderns" kommt Sanktionen eine wesentliche Rolle bei der Aktivierung von Erwerbslosen zu. Bei Pflichtverletzungen der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im Aktivierungsprozess, zum Beispiel beim Abbruch einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme oder bei der Ablehnung eines geeigneten Jobangebots, müssen die ALG II-Leistungen für drei Monate gekürzt werden. In der Praxis zeigt sich bei der Aussprechung von Sanktionen jedoch ein erheblicher Entscheidungsspielraum auf Ebene der Jobcenter. Einige Jobcenter sanktionieren relativ häufig, während andere Jobcenter kaum sanktionieren.

Diese Unterschiede im Sanktionsverhalten zwischen den Jobcentern werden durch ökonomische Schätzverfahren genutzt, um den Beschäftigungseffekt einer Sanktion zu bestimmen. Konkret wird der Sanktionseffekt für diejenigen Hilfebedürftigen geschätzt, die in einem Jobcenter mit moderater Sanktionspolitik nicht sanktioniert werden, aber eine Leistungskürzung hinnehmen müssten, wenn sich das Jobcenter entscheiden würde, Sanktionen häufiger einzusetzen. Dieser Effekt beschreibt die Wirkung einer intensivierte Sanktionstätigkeit seitens der Jobcenter. Die Ergebnisse zeigen, dass eine Intensivierung der Nutzung von Sanktionen stark positive Beschäfti-

## WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

gungseffekte hat. Dieses Ergebnis gilt unabhängig vom Migrationshintergrund der betrachteten Personen.

Schließlich werden die seit dem Jahr 2005 am häufigsten eingesetzten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für ALG II-Empfängerinnen und -Empfänger untersucht. Dies sind zum einen Ein-Euro-Jobs und zum anderen vier kurzfristige Trainingsmaßnahmen: Eignungsfeststellungen für bestimmte Berufe, Bewerbungstrainings, Vermittlung von Kenntnissen und Maßnahmekombinationen. Interessant ist insbesondere die Frage, ob es Unterschiede in der Wirkung der Maßnahmen zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund gibt.

#### Kontraproduktiv: Ein-Euro-Jobs

Die Schätzergebnisse zeigen, dass Ein-Euro-Jobs ihre intendierten Wirkungen verfehlen. Unabhängig vom Migrationshintergrund verringern sie die Wahrscheinlichkeit, dass Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine bedarfsdeckende Beschäftigung finden. Bei den Trainings-

rationshintergrund profitieren von dieser Form des Trainings, wohingegen die Beschäftigungschancen von Immigrantinnen negativ beeinflusst werden. Im Gegensatz zu den Bewerbungstrainings zeigt sich für die Vermittlung von Kenntnissen (etwa Computerkurse), dass Immigrantinnen von dieser Maßnahme besonders profitieren. Bei den Männern zeigen sich keine signifikanten Unterschiede in der Maßnahmewirkung zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Die Maßnahmekombinationen sind in der Regel wirkungslos.

Zum Abschluss wird die Wirkung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen um eine fiskalische Kosten-Nutzen-Analyse erweitert, also die Effizienz des Maßnahmeinsatzes aus Sicht des Staates bestimmt. Als Kosten werden alle Ausgaben betrachtet, die zur Durchführung einer Maßnahme notwendig sind. Unter dem Nutzen werden alle Erträge subsumiert, die sich aus einer erfolgreichen Maßnahmeteilnahme mit anschließender Aufnahme von Beschäftigung ergeben. Hierzu zählen unter anderem zusätzlich gene-

ten. Bei Bewerbungstrainings ist ein solch signifikanter Nutzenüberschuss hingegen nicht festzustellen. Für Frauen mit Migrationshintergrund ergibt sich sogar ein fiskalisch negativer Nutzen aus der Maßnahme, der aus den kontraproduktiven Beschäftigungseffekten resultiert. Der Einsatz der Vermittlung von Kenntnissen sollte daher bei Immigrantinnen aus Effizienzgesichtspunkten vorgezogen werden. Bei den anderen Untersuchungsgruppen ist der Nutzen dieser Maßnahme ebenfalls tendenziell höher als die Kosten. Bei den Maßnahmekombinationen sind Kosten und Nutzen ein Jahr nach Maßnahmestart weitgehend identisch. Für die Ein-Euro-Jobs ergibt sich aufgrund der verringerten Beschäftigungschancen eine fiskalische Belastung. Da diese Maßnahme zugleich sehr kostenintensiv ist, verursachen die Ein-Euro-Jobs einen hohen fiskalischen Verlust.

#### Reaktionen auf die vorgelegten Ergebnisse

Der Gesetzgeber hat im Jahr 2011 auf die negativen Effekte und hohen Kosten der Ein-Euro-Jobs reagiert und ihren Einsatz eingeschränkt. Zudem ist im Hinblick auf die Verwendung von Sanktionen in den letzten Jahren eine Anpassung zu erkennen. Leistungskürzungen werden nun wesentlich häufiger ausgesprochen. Bei der organisatorischen Ausgestaltung der Betreuung erwerbsfähiger Hilfebedürftiger hat der Gesetzgeber allerdings entgegen der empirischen Befunde agiert. So wurde zu Anfang des Jahres 2012 die Zahl zugelassener kommunaler Träger deutlich erhöht, obwohl dieser Jobcenter-Typ zu Beginn der Reform weniger erfolgreich war als die Arbeitsgemeinschaften. Ob die zugelassenen kommunalen Träger inzwischen gegenüber den Arbeitsgemeinschaften aufgeholt haben oder ob sich dieser Schritt in Richtung stärkerer Dezentralität in der Betreuung von ALG II-Empfängerinnen und -Empfängern als kontraproduktiv erweist, wird sich in der Zukunft zeigen.

Dr. Thomas Walter, walter@zew.de



Trainingsmaßnahmen der Jobcenter zeigen sehr unterschiedliche Wirkungen. Von Eignungsfeststellungen profitieren deutsche sowie ausländische Frauen besonders.

maßnahmen zeigt sich eine starke Effektheterogenität. Maßnahmen, durch die die Eignung der Hilfebedürftigen für bestimmte Berufe festgestellt werden, haben für alle Untersuchungsgruppen positive Beschäftigungswirkungen. Bewerbungstrainings sind bei Männern unabhängig vom Migrationshintergrund ohne signifikanten Einfluss. Frauen ohne Mig-

rierte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge sowie Einsparungen an Arbeitslosengeld II und Verwaltungskosten.

Aufgrund ihrer positiven Beschäftigungswirkungen und ihrer relativ geringen Kosten rentieren sich Eignungsfeststellungen bereits nach kurzer Zeit. In der Regel ist ein Jahr nach Maßnahmestart der fiskalische Nutzen signifikant höher als die Kos-

Die Analyse entstand am ZEW als Dissertation mit dem Titel „Germany's 2005 Welfare Reform – Evaluating Key Characteristics with a Focus on Immigrants“. Sie ist in der Reihe ZEW Economic Studies, Band 46, beim Physica-Verlag erschienen.

## KONFERENZEN

## Internationale Gründungskonferenz CoDE am ZEW

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) veranstaltete gemeinsam mit dem Mannheim Centre for Competition and Innovation (MaCCI) am 4. und 5. Oktober 2012 die International Conference on the Dynamics of Entrepreneurship (CoDE). Die Konferenz wurde von der Fritz Thyssen Stiftung finanziell unterstützt.

80 Teilnehmer tauschten sich über aktuelle Forschungsergebnisse zu Themen der Gründungsforschung aus. Die Grundlage der Diskussion in den Parallelsitzungen bestand in 39 Vorträgen, die aus rund 100 Bewerbungen ausgewählt worden waren. Ein wichtiges Thema stellten die Erfolgsfaktoren von Unternehmensgründungen dar. So ging es um den Einfluss des Humankapitals der Gründerinnen und Gründer (Ausbildung, unternehmerische Erfahrung, Zusammensetzung des Gründerteams) auf das Wachstum und Überleben der Unternehmen. Weitere Vorträge beschäftigten sich mit dem Zusammenhang zwischen der Finanzierung junger Unternehmen, etwa durch Business Angels oder Venture Capital Investoren, und ihren Innovationsaktivitäten. Außerdem wurde die Bedeutung institutioneller Faktoren wie die Entwicklung des Bankensektors oder die öffentliche Förderung von

Forschung und Entwicklung für das Gründungs- und Innovationsgeschehen in einer Region diskutiert.

Maryann Feldman (University of North Carolina at Greensboro) sprach über Erfolgsfaktoren von Hightech-Clustern. Franco Malerba (Universität Bocconi) arbeitete die spezifischen Eigenschaften wissensintensiver Unternehmensgründungen heraus. Massimo Colombo (Politecnico di Milano) gab in seinem Vortrag einen Überblick zu Risikokapitalmärkten für junge Unternehmen in Europa. Lars Persson (IFN Stockholm) präsentierte modelltheoretische Überlegungen zum Einfluss von Kapitalertrags- und Gewinnsteuern auf die Qualität von Unternehmensgründungen. Roy Thurik (Erasmus University Rotterdam) stellte den Forschungsstand zur Suche nach genetischen Einflüssen auf die Bereitschaft zur Unternehmensgründung vor. Abgerundet wurde das Programm durch

eine Podiumsdiskussion zur Rolle der öffentlichen Hand für die Finanzierung vielversprechender Gründungsvorhaben. Moderiert von Reinhilde Veugelers (Catholic University Leuven) diskutierten Alexander von Frankenberg (Geschäftsführer High-Tech Gründerfonds), Peter Hofelich (Mittelstandsbeauftragter der Landesregie-



Maryann Feldman von der University of North Carolina at Greensboro referierte über Hightech-Cluster.

rung Baden-Württemberg), Christian Tidona (Geschäftsführer BioRN Spitzencluster) und Karen Wilson (OECD).

Dr. Michaela Niefert, [niefert@zew.de](mailto:niefert@zew.de)

## Vierte ReCapNet-Konferenz am ZEW

Mitte Oktober 2012 richtete das ZEW die vierte Konferenz des Leibniz-Netzwerks „Immobilien- und Kapitalmärkte“ (ReCapNet) aus. Die ReCapNet-Konferenz hat sich mit ihrem Themenschwerpunkt an der Schnittstelle zwischen Immobilien- und Kapitalmärkten seit ihrem Start 2009 zu einer in der Scientific Community anerkannten Konferenz etabliert.

Die Themen der vierten ReCapNet-Konferenz waren vor allem durch die aktuellen Entwicklungen an den Immobilien- und Kapitalmärkten sowie deren Bedeutung für die Makroökonomie geprägt. Viele internationale Gäste besuchten die Konferenz, darunter Vertreter der Federal Reserve Bank of Dallas, der Bank of Spain, der Pennsylvania State University und der National University of Singapore.

Darüber hinaus referierten unter anderem Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der University of Florida, der University of Cincinnati, der Universität St. Gallen sowie der University of Cambridge. Diskutiert wurde beispielsweise wie Liquidität bepreist werden kann, wie sich Finanzinnovationen auf die Konjunktur und den Konsum auswirken und inwiefern Geldpolitik, Preisentwicklungen an den Immo-

bilienmärkten und makroökonomisch ausgerichtete Regulierungsansätze zusammenwirken. Die ReCapNet-Konferenz leistete auch in diesem Jahr wieder einen wertvollen Beitrag zum wissenschaftlichen Austausch und zur Vernetzung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im Bereich der Immobilien- und Kapitalmarktforschung.

Die fünfte ReCapNet-Konferenz ist für Oktober 2013 am ZEW geplant. Weitere Informationen zu den ReCapNet-Konferenzen sowie allgemeine Informationen zum Real Estate Markets und Capital Markets Network finden sich im Internet unter: [www.recapnet.org/de](http://www.recapnet.org/de).

Prof. Dr. Felix Schindler, [schindler@zew.de](mailto:schindler@zew.de)

## KONFERENZEN

## Marcel Fratzscher zu Gast am ZEW

Ende September 2012 referierte Dr. Marcel Fratzscher im Rahmen des ZEW Research Seminars. Fratzscher diskutierte die Ergebnisse seiner Studie zu den globalen Auswirkungen der geldpolitischen Maßnahmen der US-amerikanischen Notenbank Federal Reserve (Fed).



Dr. Marcel Fratzscher (links) mit Dr. Gunnar Lang (ZEW), der die Vortragsveranstaltung organisierte.

Die Maßnahmen der Fed ließen sich ab dem Jahr 2008 bis heute in drei Phasen einteilen, sagte Fratzscher zu Beginn seines Vortrags. QE1, QE2 und QE3 stünden für Phasen der monetären Lockerung („quantitative easing“), welche sich insbesondere durch den Ankauf von Staatsanleihen auszeichneten. Fratzscher betrachtete die ersten beiden Phasen und die damit zusammenhängenden Auswirkungen der Geldpolitik der amerikanischen Notenbank auf andere Länder. QE1 und QE2 seien ab Ende des Jahres 2008, und damit in der frühen Phase der Finanzkrise, besonders wirksam bei der Senkung der Renditen von Staatsanleihen sowie bei der Stärkung globaler Aktienmärkte gewesen, sagte Fratzscher.

### Pro- und antizyklische Effekte

Allerdings wirke die Geldpolitik der Fed prozyklisch bei den Kapitalströmen in Schwellenländern und antizyklisch für die Vereinigten Staaten. Dies habe in der Zeit des QE1-Programms zur Folge gehabt, dass sich eine Anpassung der Ländergewichte in den Portfolios der Anleger zulasten der Schwellenmärkte und hin zu ame-

rikanischen Aktien- und Anleihefonds entwickelte. QE1 habe dazu geführt, dass Kapital aus Schwellenländern und anderen Industrieländern abgezogen wurde und in die Vereinigten Staaten zurückgeflossen sei, sagte Fratzscher. Dies habe die Inflation wie auch die Wechselkurse in den Schwellenländern in die Höhe getrieben. Folglich habe die Geldpolitik der Fed die Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder gemindert sowie Handel und Wachstum gebremst. Das QE2-Programm zeige dagegen eine entgegengesetzte Entwicklung, erläuterte Fratzscher. Seit August 2010 werde Kapital in die Schwellenländer investiert.

### Ankündigungen haben weniger Gewicht

Fratzscher unterschied ferner zwischen den Auswirkungen der geldpolitischen Ankündigungen der Fed und den tatsächlichen Operationen. „Die Auswirkungen von Fed-Operationen, wie der Ankauf von Staatsanleihen oder von gesicherten Wertpapieren, waren auf die Portfolioallokation und die Vermögenswerte bei weitem größer als die Auswirkungen der bloßen Ankündigungen“, sagte Fratzscher. Diese Beobachtung unterstreiche daher

die große Bedeutung der Markteingriffe und die Liquiditätsfunktion der Fed.

„Wir können außerdem keine systematischen Belege dafür finden, dass Wechselkurspolitische und geldpolitische Entscheidungen der betroffenen Länder anderen Ländern dabei behilflich gewesen wären, sich gegen Übertragungseffekte der US-Politiken abzuschirmen“, sagte Fratzscher, „Die Portfolioanpassungen der Investoren reagieren eher auf länderspezifische Risiken.“ Die Ergebnisse veranschaulichten daher, inwieweit die Geldpolitik der US-Notenbank seit dem Jahr 2008 sowohl zu einer Portfolioreallokation als auch zu einer Neubewertung von Risiken an den globalen Finanzmärkten beigetragen habe.

Dr. Marcel Fratzscher ist derzeit Leiter der Abteilung „International Policy Analysis“ der Europäischen Zentralbank. Im September 2012 wurde er vom Kuratorium des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zum neuen Vorsitzenden des Vorstands gewählt. Die Leitung des DIW wird er voraussichtlich im Februar 2013 übernehmen.

Elisa Jendrusch, jendrusch@zew.de

### ZEW DISCUSSION PAPERS

Nr. 12-067, Sarah Ciaglia, Friedrich Heine: Debt Rule Federalism: The Case of Germany.

Nr. 12-066, Peter Heindl, Sebastian Voigt: Employment Effects of Regional Climate Policy: The Case of Renewable Energy Promotion by Feed-In Tariffs.

Nr. 12-065, Peter Heindl: Mitigating Market Power under Tradeable Permits.

Nr. 12-064, Peter Heindl: Financial Intermediaries and Emissions Trading: Market Development and Pricing Strategies.

Nr. 12-063, Jens Horbach, Qian Chen, Klaus Rennings, Stefan Vögele: Lead Markets for Clean Coal Technologies A Case Study for China, Germany, Japan and the USA.

Nr. 12-062, Vigen Nikogosian, Jürgen Weigand: Forward Integration and Market Entry – Evidence from Natural Gas Markets for Household Customers in German.

## ZEW INTERN

## Ökonom der Rutgers University erhält den Heinz König Young Scholar Award des ZEW

Den Heinz König Young Scholar Award erhielt in diesem Jahr Jitao Tang, Teaching Assistant an der Rutgers University in den Vereinigten Staaten. Der Preis wurde vom ZEW bereits zum achten Mal verliehen. Sponsor war diesmal die Günter J. und Christa Grochla Stiftung. Der Preis ist mit 5.000 Euro sowie einem dreimonatigen Forschungsaufenthalt am ZEW dotiert.

Mit der Vergabe des Preises an Jitao Tang würdigt das ZEW seine Forschungsarbeit, die den Einfluss von Umweltregulierungen in verschiedenen Ländern auf ausländische Direktinvestitionen theoretisch und empirisch untersucht. ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz hob bei der Preisübergabe hervor, dass insbesondere die Tatsache, dass Jitao Tang eigene theoretische Überlegungen angestellt hat, um diese dann empirisch zu überprüfen, ganz im Sinne Heinz Königs sei. Der Namensgeber des Preises stellte Franz zufolge den gleichen Anspruch an seine Forschung, um daraus fundierte Empfehlungen für die Wirtschaftspolitik ableiten zu können.

Jeweils zum Abschluss des jährlichen ZEW Summer Workshops in Mannheim wird der Wissenschaftler, der das beste wissenschaftliche Paper präsentiert hat, mit dem Heinz König Young Scholar Award ausge-

zeichnet. Der Preis wurde nach dem verstorbenen Gründungsdirektor des ZEW, Prof. Dr. Dr. h.c. Heinz König, benannt und wür-

wissenschaftler aus Afrika, China, Nordamerika und Europa nach Mannheim eingeladen. Hier konnten sie ihre Forschungs-



ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz (links im Bild) übergibt den Heinz König Young Scholar Award 2012 an Jitao Tang von der Rutgers University.

digt hervorragende empirische Arbeiten junger Wissenschaftler. Aus den eingereichten Papers werden in einem gründlichen Auswahlverfahren die Besten ausgewählt.

Zum ZEW Summer Workshop 2012 mit dem Thema „Internationaler Handel und Umweltschutz“ wurden 15 Nachwuchs-

arbeiten mit anderen Nachwuchswissenschaftlern sowie renommierten Forschern diskutieren. In diesem Jahr waren dies Professor Brian R. Copeland, PhD, von der University of British Columbia und Professor M. Scott Taylor, PhD, von der University of Calgary.

## ZEW beim Parlamentarischen Abend der Leibniz-Gemeinschaft in Berlin



ZEW-Präsident Wolfgang Franz referiert beim Parlamentarischen Abend der Leibniz-Gemeinschaft über die Schuldenkrise im Euroraum.

Am 25. September 2012 richtete die Leibniz-Gemeinschaft den Parlamentarischen Abend 2012 aus. Mögliche Wege aus der Europäischen Schuldenkrise sowie ihre Konsequenzen waren das Thema der Veranstaltung in Berlin.

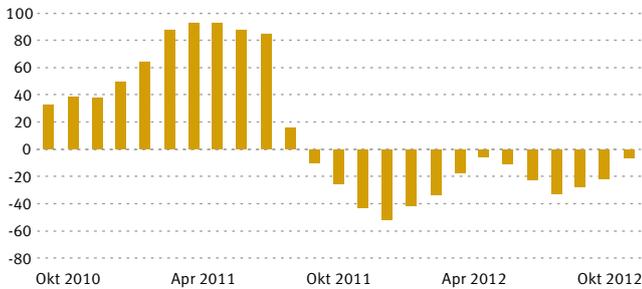
Politiker, Abgeordnete und Fachreferenten nutzten die Gelegenheit, sich mit den Ökonomen der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute über die vielschichtigen Probleme der Verschuldungsproblematik auszutauschen. Auch das ZEW stellte seine Fachkompetenz zur Verfügung. Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, Präsident des ZEW und Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, erläuterte in einem Vortrag ver-

schiedene Möglichkeiten, um die Schuldenkrise in den Griff zu bekommen. Im Mittelpunkt der Ausführungen stand dabei der Vorschlag des Sachverständigenrates, einen Schuldentilgungsfonds für die Euroländer einzuführen.

Auf den Vortrag von Professor Franz folgte eine Podiumsdiskussion unter Beteiligung von Prof. Dr. Dres. h.c. Hans-Werner Sinn (ifo Institut), Prof. Dr. Christoph M. Schmidt (RWI), Prof. Dr. Henning Klodt (IfW), Dr. Jutta Günther (IWH) und Dr. Ferdinand Fichtner (DIW). Es zeigte sich, dass sich die Wissenschaft nicht immer einig ist, etwa in der Frage eines möglichen Austritts Griechenlands aus der Währungsunion, eines europäischen Fiskalpakts oder einer Bankenunion.

**DATEN UND FAKTEN**

**ZEW-Finanzmarkttest im Oktober 2012**



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunkturerwartungen im Euroraum. Quelle: ZEW

**EZB: Zinssenkung wird unwahrscheinlicher**

Anfang September 2012 hat die Europäische Zentralbank (EZB) angekündigt, unter bestimmten Auflagen unbegrenzte Staatsanleihenkäufe zu tätigen, um Marktfunktionsstörungen zu bekämpfen. Zumindest kurzfristig scheint diese Ankündigung die beabsichtigte Beruhigung der Finanzmärkte bewirkt zu haben. Nebenbei hat hierdurch der Druck auf die EZB abgenommen, den Hauptrefinanzierungssatz weiter zu senken. Entsprechend sind die Erwartungen der Finanzmarktexperten hinsichtlich der mittelfristigen Entwicklung der kurzfristigen Zinsen im Euroraum gestiegen.

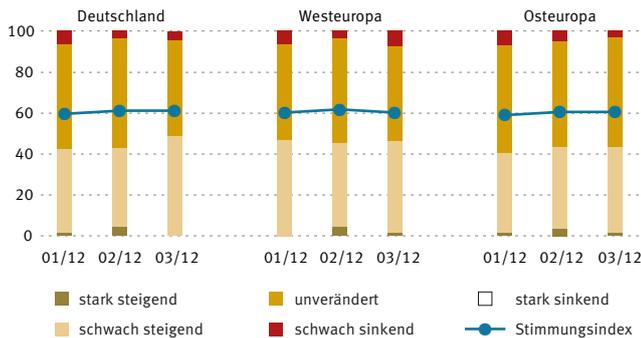
Frieder Mokinski, mokinski@zew.de

**Eurozone: Konjunkturerwartungen stabilisieren sich**

Die Konjunkturerwartungen auf Sicht von sechs Monaten für die Eurozone haben sich im September 2012 nahe der Nulllinie stabilisiert. Der entsprechende Saldo legt leicht um 2,4 Punkte auf minus 1,4 Punkte zu. Es handelt sich hierbei um den besten Stand der Konjunkturerwartungen seit April 2012. Etwas verschlechtert hat sich die Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Situation. Der Saldo der positiven und negativen Einschätzungen hinsichtlich der aktuellen Wirtschaftslage in der Eurozone sinkt um 3,1 auf minus 79,4 Punkte, dem schlechtesten Stand seit August 2009.

Frieder Mokinski, mokinski@zew.de

**Die KEP-Preise steigen auch im kommenden halben Jahr**

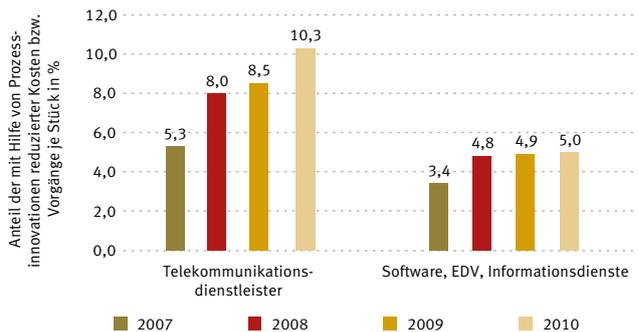


Quelle: ZEW

Der Stimmungsindex zur Preisentwicklung liegt aktuell bei keinem Landverkehrszeit so hoch wie bei den Kurier-, Express- und Paketdiensten (KEP). Dies ist ein aktuelles Ergebnis des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW. Im Deutschland-Verkehr erwarten jeweils die Hälfte der Experten für das kommende halbe Jahr entweder unveränderte oder leicht steigende Preise. Die Erwartung (leicht) steigender Preise hält bereits seit über einem Jahr an. Bei den grenzüberschreitenden KEP-Verkehren ist die Erwartung steigender Preise etwas zurückhalten, eine Preissteigerungstendenz ist jedoch klar erkennbar.

Dr. Claudia Hermeling, hermeling@zew.de

**Telekommunikation setzt auf Kostensenkung**



Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Die Informations- und Telekommunikationsdienstleistungen konnten in den vergangenen Jahren mit Hilfe von Prozessinnovationen ihre Kosten deutlich senken. 2010 haben die Telekommunikationsunternehmen Kosteneinsparungen je Vorgang von über zehn Prozent realisiert. Im Bereich der Softwarehersteller, EDV- und Informationsdienstleister betrug die durchschnittliche Kostensenkung fünf Prozent. Prozessinnovationen sind für die Telekommunikationsbranche unverzichtbar, um im Preiswettbewerb zu bestehen. Niedrigere Preise unterstützen zudem die Verbreitung neuer Telekommunikationsangebote.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

## STANDPUNKT



## Ungleichheit

Seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts hat sich die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt in beeindruckender Weise zum Besseren gewendet. Die Anzahl der Erwerbstätigen ist zwischen den Jahren 2005 und 2012

um 2,7 Millionen Personen gestiegen, spiegelbildlich dazu ging die Arbeitslosigkeit markant zurück und erreichte den tiefsten Stand seit der Wiedervereinigung. Mit diesen Erfolgen ging im öffentlichen Meinungsbild über das Geschehen auf dem Arbeitsmarkt ein veränderter Blickwinkel einher. Nicht mehr stehen so sehr die quantitativen Größenordnungen von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Mittelpunkt, sondern nunmehr Aspekte der „Qualität“ von Arbeitsverhältnissen und der Gerechtigkeit der Verteilung der Arbeitseinkommen. Insbesondere eine weitverbreitete Armut auf Grund von „Hungerlöhnen“ vor allem im Niedriglohnbereich und die zunehmende Spreizung der qualifikatorischen Lohnstruktur bilden den Brennpunkt einer vehement, teilweise erbittert geführten Debatte, wie es beispielsweise in der Kampagne „Umfairteilen“ zum Ausdruck kommt.

Im Hinblick auf die Diskussion über die Armut in Deutschland erscheinen die Fakten auf den ersten Blick alarmierend. So meldete das Statistische Bundesamt am 17. Oktober 2012: „15,8 Prozent der Bevölkerung waren 2012 armutsgefährdet.“ Nota bene: „armutsgefährdet“, nicht „arm“. Abgesehen davon suggeriert diese Zahl ein überzogenes Ausmaß der tatsächlichen Bedürftigkeit, obwohl sich das Statistische Bundesamt völlig korrekt eines international gebräuchlichen Meßkonzepts einer relativen Armut bedient. Demnach gilt - vereinfacht ausgedrückt - jemand als armutsgefährdet, wenn er oder sie weniger als 60 Prozent des in dieser Volkswirtschaft erzieltem mittleren Einkommen erzielt.

Wie problematisch dieses Maß indessen ist, lässt sich an zwei Beispielen sofort verdeutlichen. Wenn sich alle Einkommen verdoppeln, bleibt die Armutsquote trotzdem konstant. Oder noch frappierender: Wenn sämtliche hiesigen Spitzenverdiener ins Ausland abwandern, geht in Deutschland die Armutsquote zurück (eben weil das mittlere Einkommen sinkt und sich demzufolge eine größere Anzahl von Personen nunmehr oberhalb der Armutsschwelle befindet). Eine Alternative zu einem solch frag-

würdigen Meßkonzept wäre eine Armutsschwelle ausgedrückt in Geldeinheiten, analog der Vorgehensweise etwa in den Vereinigten Staaten. Aber die sich dann ergebenden, weitaus niedrigeren Armutsquoten passen natürlich nicht so recht zur Umverteilungsideologie.

Völlig abwegig ist des Weiteren die Vorstellung, welche die Bezieher von Arbeitslosengeld II mit Arbeitnehmern gleichsetzt, deren Arbeitseinkommen, weil „Hungerlöhne“, nicht dazu reichen, „von seiner Hände Arbeit leben“ zu können. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit waren im Juni 2011 von den rund 4,6 Millionen Beziehern von Arbeitslosengeld II nur 1,35 Millionen überhaupt erwerbstätig und davon bezog die Hälfte ein monatliches Bruttoeinkommen von bis zu 400 Euro, arbeiteten also vornehmlich als Hausfrau, Studierende, Schüler oder Rentner in einem Minijob. Verbleiben 570 Tausend Erwerbstätige, wovon nur 329 Tausend vollzeitig arbeiteten. Allerdings kann das Arbeitsentgelt bei letzterem Personalkreis schon auf Grund der Familiengröße nicht zum Lebensunterhalt reichen. Die Anzahl der vollzeitbeschäftigten alleinstehenden Empfänger von Arbeitslosengeld II belief sich auf rund 80 Tausend abhängig Beschäftigte und knapp 57 Tausend Selbstständige. Also nur mal so: 137 Tausend im Vergleich zu 4,6 Millionen.

Was schließlich die Entwicklung der qualifikatorischen Lohnstruktur anbelangt, so hat sich der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem neuen Jahresgutachten damit ebenfalls beschäftigt. Die Lohnstruktur fächert sich in Deutschland in der Tat seit geraumer Zeit auf. Seit ungefähr Mitte der 1990er Jahre ist zudem eine zunehmende Spreizung im Bereich unterer Lohngruppen zu beobachten. Anstatt diese Entwicklung zu verteufeln, sollten die Kritiker bedenken, dass dadurch gering qualifizierte Arbeitslose einen Arbeitsplatz erhalten haben, obschon mit niedrigeren Arbeitsentgelten, die gegebenenfalls mithilfe des Arbeitslosengeld II aufgestockt werden. Ist das nicht besser als Arbeitslosigkeit?

Wolfgang Franz

# ZEW

Zentrum für Europäische  
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

**Herausgeber:** Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,  
L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 103443, 68034 Mannheim · Internet: [www.zew.de](http://www.zew.de), [www.zew.eu](http://www.zew.eu)  
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

**Redaktion:** Kathrin Böhrer · Telefon 0621/1235-103 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail [boehmer@zew.de](mailto:boehmer@zew.de)  
Gunter Gröttmann · Telefon 0621/1235-132 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail [groettmann@zew.de](mailto:groettmann@zew.de)

**Nachdruck und sonstige Verbreitung** (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2012